

28.02.2012 - 09:20 Uhr

## Eidg. Abstimmung: Zweitwohnungsinitiative - Die Panikmache der Gegner

Montreux (ots) -

Ihre Gegner greifen die Zweitwohnungsinitiative frontal an. Die verwendeten Argumente sprechen jedoch für eine Annahme der Initiative.

Falsche Behauptungen gehören zu den Instrumenten, welche die Gegner der Franz Weber Initiative im zunehmend hektischen Abstimmungskampf systematisch einsetzen. So werden Stimmbürger mit der Behauptung verunsichert, bestehende Zweitwohnungen könnten nach Annahme der Initiative nur noch an Einheimische verkauft werden. Verfassungsrechtsspezialist Etienne Grisel (Uni Lausanne) widerspricht vehement: «Bestehende Zweitwohnungen können weiterhin als solche verkauft werden; daran besteht kein Zweifel.»

Die Gegner der Zweitwohnungsinitiative werfen dieser vor, sie schade dem Tourismus. Eine Studie im Auftrag des Bundesamts für Raumplanung zeigt jedoch: bei Annahme der Initiative findet mittel- und langfristig eine deutliche Verlagerung der Logiernächte hin zu vermieteten Ferienwohnungen und Hotels statt. Dadurch wird die touristische Infrastruktur besser ausgelastet; die Wertschöpfung erhöht sich.

Zurzeit bringt der Zweitwohnungsboom immer mehr Hotels und Tourismusunternehmen in Bedrängnis. Dick Marty, alt FDP-Ständerat des Kantons Tessin und ehemaliger Präsident von Schweiz Tourismus, erkannte bereits 2007 das Risiko: «Die starke Zunahme von Zweitwohnungen wird noch grosse Probleme schaffen, die in den betroffenen Destinationen das touristische Angebot gefährden können.»

Ein dramatisches Beispiel dafür liefert die Situation in der Region Crans-Montana. Hier ist die Zahl der Hotelbetten zwischen 1985 und 2011 von 5'500 auf 2'000 gesunken. Grossveranstaltungen wie der Skiweltcup oder das internationale Golfturnier haben mittlerweile grosse Probleme, ihre Teilnehmer in Crans-Montana unterzubringen. Von den Zuschauern ganz zu schweigen.

Laut den Gegnern vernichte die Zweitwohnungsinitiative Arbeitsplätze. Tatsache ist jedoch, dass Zweitwohnungen zwar kurzfristige Arbeitsplätze im Bausektor schaffen, gleichzeitig aber nachhaltige und zukunftsträchtige Arbeitsplätze in Hotellerie, Parahotellerie und Tourismus gefährden. Allein der Verlust von über 3500 Hotelbetten in Crans-Montana dürfte mehrere hundert Arbeitsplätze gekostet haben.

Der von den Gegnern der Initiative hoch gepriesene und bereits in Kraft getretene indirekte Gegenvorschlag bringt leider keine Verbesserung der Zweitwohnungs-Problematik. Der Gegenvorschlag fordert Gemeinden und Kantone ohne konkrete Vorgaben lediglich auf, für ein «ausgewogenes» Verhältnis zwischen Erst- und Zweitwohnungen zu sorgen.

Welches Verhältnis als «ausgewogen» gelten soll, wird aber den Kantonen und Gemeinden überlassen. Genau sie sind es aber, die in den letzten Jahrzehnten versäumt haben, den Zweitwohnungsbau wirksam zu beschränken und in nachhaltige Bahnen zu lenken. Dies, obschon Artikel 75 der Bundesverfassung eine zweckmässige und haushälterische Nutzung des Bodens und eine geordnete Besiedlung des Landes verlangt.

Einen ausführlicheren Medienrohstoff mit Quellenangaben zum Thema können Sie unter folgendem Link herunterladen :

[http://www.zweitwohnungsinitiative.ch/tl\\_files/pdf/022812-FFW-MEDIENROHSTOFF-Kampagne-Gegner.pdf](http://www.zweitwohnungsinitiative.ch/tl_files/pdf/022812-FFW-MEDIENROHSTOFF-Kampagne-Gegner.pdf)

Kontakt:

Medienkontakt : Vera Weber, Kampagnenleiterin : 079 210 54 04,  
veraweber@ffw.ch  
Fondation Franz Weber, Montreux, zweitwohnungsinitiative@ffw.ch,  
Tels: 021 964 24 24 oder 021 964 37 37, Fax 021 964 57 36  
[www.zweitwohnungsinitiative.ch](http://www.zweitwohnungsinitiative.ch)

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100019151/100713746> abgerufen werden.